

Inhaltsverzeichnis

Teil 1:

Basiswissen zur Betriebsprüfung	33
I. Struktur und Strategie der Betriebsprüfung	33
1 Aufgabe der Betriebsprüfung	34
1.1 Zulässigkeit einer Außenprüfung	35
1.1.1 Abweichungen und Auffälligkeiten als Grund für die Betriebsprüfung	36
1.1.2 Richtlinien für die Betriebsprüfung	39
1.2 Zeitliche Grenzen der Betriebsprüfung	43
1.2.1 Beginn der Außenprüfung: Hemmung des Ablaufs der Festsetzungsfrist	45
1.2.2 Keine Unterbrechung der Festsetzungsfrist durch Scheinhandlung	50
1.3 Abgrenzung der Betriebsprüfung gegenüber den Einzelermitt- lungen	51
1.4 Fortsetzung oder Abbruch der Prüfung im Ermessen der Finanzbehörden	53
1.5 Statistiken über Mehreergebnisse der Betriebsprüfung.	53
1.6 Deutliche Unterschiede in der Prüfungspraxis der Bundes- länder	54
2 Praktische Bedeutung der BpO St für die Auswahl von Betrieben zur Betriebsprüfung	55
2.1 Anschlussprüfung bei Großbetrieben	57
2.2 Prüfung bei Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben in zeitli- chen Abständen	57
2.3 Ausgedehnte Prüfungszeiträume bei Annahme erheblicher Steuernachforderungen	59
3 Wichtige Verfahrensfragen	62
3.1 Bedeutung der Prüfungsanordnung	62
3.1.1 Verlegung der Außenprüfung aufgrund besonderer Umstände	64
3.1.2 Bekanntgabe einer Prüfungsanordnung an eine beendete KG	64
3.1.3 Kein Verwertungsverbot bei fehlender Prüfungsanord- nung	65

3.2	Rechtsbehelfe gegen (fehlerhafte) Betriebsprüfungsanordnungen	65
3.3	Beispiele für rechtswidrige Betriebsprüfungsanordnungen. . .	66
3.4	Beispiele für nichtige Betriebsprüfungsanordnungen	67
3.5	Verwertungsverbot bei rechtswidrigen Betriebsprüfungsanordnungen	69
3.6	Verwertungsverbot bei nichtigen Betriebsprüfungsanordnungen	70
3.7	Späterer Erlass einer fehlerfreien Betriebsprüfungsanordnung.	71
3.7.1	Beginn einer Außenprüfung und Verjährung	72
3.7.2	Einbeziehen „außerbetrieblicher Verhältnisse“ in die Außenprüfung	72
3.7.3	Einbeziehung der steuerlichen Verhältnisse von Gesellschaften und Mitgliedern	74
II.	Vorbereitung und Durchführung einer Betriebsprüfung	75
1	Erkenntnisquellen und Vorgehensweisen der Finanzverwaltung	77
2	Verhaltensstrategien für den Stpfl.	81
2.1	Häufige formale Fehler	82
2.2	Vermeidbare Fehler der Stpfl.	84
2.3	Checkliste zur Außenprüfung	85
3	Zeitpunkt, Ort und Umfang der Prüfung	86
3.1	Zeitpunkt der Betriebsprüfung	86
3.2	Bestimmung des Prüfungsorts	87
3.2.1	Bedeutung des Orts der Betriebsprüfung	87
3.2.2	Geschäftsräume des Stpfl. als normaler Ort der Betriebsprüfung	88
3.2.3	Wohnung des Stpfl. als Wahlmöglichkeit des Orts der Prüfung	88
3.3	Andere Prüfungsorte	89
3.4	Umfang und Beschränkung der Prüfung	91
4	Organisation des Betriebsprüfungsgeschehens.	92
4.1	Ständige Beobachtung des Prüfers.	94
4.2	Begrenzter Rechtsschutz im Hinblick auf die Art und Weise einer Außenprüfung	96
5	Vorlagepflichten, Schätzung und Verprobung	98
5.1	Vorlagepflicht von Urkunden.	98
5.2	Anforderung von privaten Kontounterlagen	101
5.2.1	Außergewöhnlich hohe ungebundene Entnahmen	101

5.2.2	Folgen der Erklärung über die Nichtherausgabe oder die fehlende Aufbewahrung von Unterlagen	102
5.3	Anwendung von Schätzungsmethoden bei ordnungsgemäßer Buchführung	103
5.4	Vermögenszuwachsrechnung und Geldverkehrsrechnung zur Aufdeckung von Schwarzgeldern	111
6	Beendigung der Betriebsprüfung	115
6.1	Rechtsanspruch auf die Durchführung der Schlussbesprechung	115
6.2	Strategien bei der tatsächlichen Verständigung	118
6.3	Anspruch auf eine verbindliche Zusage	124
7	Überleitung der Betriebsprüfung in ein Strafverfahren	126
7.1	Information an die Straf- und Bußgeldsachenstelle bei Verdacht einer Straftat	126
7.2	Einleitung des Strafverfahrens nach Abschluss einer Betriebsprüfung	128
7.3	Unterschiedliche Vorgehensweise in den einzelnen Bundesländern	129
III.	Umsatzsteuer-Sonderprüfung	130
1	Umsatzsteuer-Sonderprüfung als Erst- und Bedarfsprüfung	130
2	Prüfungsfelder	131
3	Einzelfragen	132
IV.	Umsatzsteuer-Nachschau	133
1	Nachschau als Maßnahme der Steueraufsicht	134
2	Befugnisse des Finanzamts.	134
2.1	Einsichtnahme in Unterlagen	135
2.2	Betretungsrecht für Geschäftsräume.	135
2.3	Betretungsrecht für Wohnräume.	137
2.4	Übergang zur Außenprüfung.	138
2.5	Verwertung von Erkenntnissen in Kontrollmitteilungen	138
3	Faktischer Ausschluss vorläufigen Rechtsschutzes	138
4	Selbstanzeige im Rahmen der Nachschau	139
5	Personelle Probleme der Verwaltung bei der Nachschau	140
V.	Lohnsteuer-Außenprüfung.	141
1	Grundsätzliche Anmerkungen zur Lohnsteuer-Außenprüfung	142
1.1	Rechtsgrundlagen	143
1.2	Geprüfter Personenkreis	143
2	Zulässigkeit der Außenprüfung	145

3	Zuständigkeit	145
4	Ermessensentscheidung	146
5	Prüfungsanordnung	146
6	Rechtsstellung der Beteiligten	147
6.1	Aufgabenkreis des Lohnsteuer-Prüfers	147
6.2	Rechte und Pflichten des Arbeitgebers	148
6.3	Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers	150
7	Durchführung der Lohnsteuer-Außenprüfung	151
7.1	Anordnung	151
7.2	Folgen für den Arbeitgeber	151
7.3	Gegenstand	151
7.4	Abschluss der Lohnsteuer-Außenprüfung	153
8	Verfahrensrechtliche Folgen der Lohnsteuer-Außenprüfung	153
8.1	Steuernachforderungen	153
8.2	Inanspruchnahme des Arbeitgebers durch Nachforderungs- oder Haftungsbescheide	154
8.3	Grenzen der Lohnsteuer-Außenprüfung (Vertrauensschutz)	158
8.4	Wegfall des Nachprüfungsvorbehalts	160
8.5	Änderungssperre	160
VI.	Lohnsteuer-Nachschau (§ 42g EStG)	162
1	Vorbemerkungen	162
2	Aufbau der Vorschrift	163
3	Zeit, Ort und Betretungsrechte	163
4	Vorzulegende Unterlagen und Auskunftspflichten	163
5	Verhältnis zur steuerlichen Selbstanzeige	164
6	Fazit	164
VII.	Investitionszulagen-Sonderprüfung	164
1	Geltungsbereich der AO und BpO	165
2	Investitionszulagengesetz 2005	165
3	Investitionszulagengesetz 2007	166
4	Investitionszulagengesetz 2010	168
VIII.	Taktik bei streitbefangenen Steuernachforderungen	170
1	Ausgangssituation	170
2	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung beim FG	172
3	Antrag auf Vollstreckungsaufschub	174
4	Klassische Fehlerquellen bei der Zwangsvollstreckung von Steuernachforderungen	175
4.1	Vorliegen eines wirksamen Steuerbescheids	175

4.2	Vorliegen eines Leistungsgebots	176
4.3	Wahrung der Wochenfrist	177
4.4	Beschränkte Durchsuchungsmöglichkeiten bei Wohn- und Geschäftsräumen	177
4.5	Aufteilungsantrag	178
4.6	Faktisches Sonderrecht bei uralten Steuernachforderungen . .	178
IX.	Missbräuchliche Auswahl zur Betriebsprüfung.	178
1	Routine- oder Anlassprüfung	178
2	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, Willkür-, Schikane- und Ermessensmissbrauchsverbot	181
3	Zweckentfremdung der Betriebsprüfung	183
4	Rechtsbehelfe	185
X.	Mitteilungspflichten der Finanzämter in der Betriebsprüfung	186
1	Engmaschiges Netz an Rechtsgrundlagen	187
2	Kontrollmitteilungen: spontane Amtshilfe innerhalb der Finanzverwaltung	188
2.1	Typische Anlässe für Kontrollmitteilungen	189
2.2	Inhalt der Kontrollmitteilung	192
2.3	Keine Verletzung von Mitwirkungsverweigerungsrechten . . .	193
2.4	Bankenprivileg.	196
2.5	Internationale Kontrollmitteilungen	198
2.6	Rechtsschutzmöglichkeiten	199
2.7	Rechtsfolgen von Kontrollmitteilungen.	199
3	Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	200
3.1	Offenbarung zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung einschließlich der Schwarzarbeit	200
3.2	Offenbarung zur Bekämpfung illegaler Arbeitnehmerüberlas- sung	201
3.3	Offenbarung zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch	201
3.4	Mitteilungspflicht der Finanzbehörde	203
4	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche	204
XI.	Grundsätze zur Rationalisierung der Betriebsprüfung.	207
1	Vorbemerkungen.	207
2	Betriebsprüfungs-Sachgebietsleiter	209
3	Vorbereitende Maßnahmen.	209
3.1	Auswahl der zu prüfenden Betriebe.	209
3.1.1	Gezielte Fallauswahl.	210

3.1.2	Zufallsauswahl	210
3.2	Branchenmäßiger Einsatz der Betriebsprüfer	210
3.3	Mehrmalige Prüfung durch denselben Prüfer	211
3.4	Prüferteam	211
3.5	Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern	211
3.6	Allgemeine Grundsätze für die Prüfungsvorbereitung	212
3.7	Aussonderung nicht prüfungsrelevanter Betriebe	213
4	Durchführung der Betriebsprüfung	213
4.1	Prüfungsschwerpunkte	213
4.2	Kontrollmaterial	214
4.3	Vorzeitige Beendigung von Betriebsprüfungen.	215
4.4	Erweiterung des Prüfungszeitraums bei nicht unerheblichen Steuernachforderungen oder Steuererstattungen	215
4.5	Vorzeitige Auswertung von Prüfungsfeststellungen bei lang andauernden Betriebsprüfungen	216
5	Prüfungsbericht	216
5.1	Inhalt des Prüfungsberichts.	216
5.2	Aussagen zur Buchführung.	217
5.3	Bericht bei abgekürzter Außenprüfung	217
5.4	Abfassung des Prüfungsberichts	217
5.5	Arbeitsbogen des Betriebsprüfers	217
5.6	Frist für die Stellungnahme zum Prüfungsbericht	217
XII.	Außenprüfung bei Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe	217
1	Rechtliche Grundlagen	218
2	Rechtsprechung des BFH	218
2.1	Kein Verzicht auf Ausstellung von Kontrollmitteilungen.	219
2.2	Belehrungspflicht vor Ausstellung einer Kontrollmitteilung.	221
3	Grenzen des Auskunftsverweigerungsrechts	222
 Teil 2:		
	Einzelfragen der Betriebsprüfung	225
I.	Die digitale Betriebsprüfung – Zugriff der Betriebsprüfung auf die Unternehmens-EDV	225
1	Vorbemerkungen	226
2	Änderungen in der Abgabenordnung	228
2.1	Unmittelbarer Zugriff, Nur-Lesezugriff	229
2.2	Mittelbarer Datenzugriff.	230
2.3	Überlassung von Daten auf Datenträgern	231

3	Anwendungsbereich	232
3.1	Sachlicher Anwendungsbereich	232
3.2	Persönlicher Anwendungsbereich.	239
3.3	Zeitlicher Anwendungsbereich	239
4	Zugriffsform	240
4.1	Ermessen und Kosten	240
4.2	Ort des Datenzugriffs	242
5	Rechtsschutz gegen den Datenzugriff	243
6	Anwendung der Datenübernahme durch das Programm IDEA	245
7	Besondere Hinweise zur Außenprüfung des Steuerberaters . .	247
7.1	Unmittelbarer Datenzugriff auf das DV-System des Steuerberaters durch den Prüfer	247
7.2	Mittelbarer Datenzugriff auf das DV-System des Steuerberaters durch den Prüfer	248
II.	Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Außenprüfung	249
1	Prüfungsanordnung	249
2	Festlegung des Prüfungsbeginns; Ablehnung des Antrags auf Verlegung des Prüfungsbeginns	250
3	Beauftragung einer anderen Finanzbehörde mit der Durchführung der Außenprüfung	251
4	Nichteinhaltung der Informations- und Unterrichtspflichten nach § 199 Abs. 2 AO	253
5	Aufklärungsmaßnahmen in der Betriebsprüfung	253
6	Das Verzögerungsgeld	255
6.1	Systematische Einordnung	256
6.2	Anwendungsfragen	257
6.2.1	Verzögerungsgeld bei Verlagerung oder unterbliebener Rückverlagerung der Buchführung	257
6.2.2	Verzögerungsgelder bei sonstigen Verletzungen von Mitwirkungspflichten	258
III.	Tatsächlicher Beginn der Außenprüfung oder Scheinhandlung	261
IV.	Betriebsaufspaltung im Blickwinkel der Betriebsprüfung. . .	263
1	Bedeutung der Betriebsaufspaltung für die (mittelständische) Wirtschaft	268
2	Fehlende Rechtsgrundlagen der Betriebsaufspaltung im Steuerrecht	270

3	Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft, Betriebsverpachtung und Betriebsführungsvertrag	271
3.1	Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft	271
3.2	Abgrenzung zur Betriebsverpachtung	272
3.3	Abgrenzung zum Betriebsführungsvertrag	273
4	Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung	273
4.1	Personelle Voraussetzungen	274
4.1.1	Mehrheit von Personen bei Besitz- und Betriebsgesellschaften (Bestimmung der erforderlichen Beteiligungsverhältnisse)	274
4.1.2	Besonderheiten bei der Zusammenrechnung von Beteiligungen naher Angehöriger	278
4.1.3	Sonstige Beherrschungskriterien	284
4.1.4	Gestaltungsvarianten zur Vermeidung der Betriebsaufspaltung	293
4.2	Sachliche Voraussetzungen (Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen)	299
4.3	Nachträgliche Erfassung einer Betriebsaufspaltung	308
4.4	Steuerliche Einzelfragen bei der Begründung der Betriebsaufspaltung	309
4.4.1	Vollzug der Betriebsaufspaltung (steuerliche Konsequenzen bei rückwirkend vorgenommenen Betriebsaufspaltungen)	310
4.4.2	Problematik der Gewinnrealisierung bei der Begründung der Betriebsaufspaltung	310
5	Beendigung der Betriebsaufspaltung	320
5.1	Beendigung des Pachtvertrags (Weiterverpachtung an Dritte)	320
5.2	Wegfall der personellen oder sachlichen Voraussetzungen	323
5.3	Umwandlung der Betriebskapitalgesellschaft auf das Besitzunternehmen	330
5.4	Einbringung des Besitzunternehmens in die Betriebskapitalgesellschaft	332
V.	Schätzung in der Betriebsprüfung.	333
1	Voraussetzungen für die Schätzung	333
2	Rechtsprechung zur Schätzung	335
3	Die Buchführung als Ansatzpunkt für den Betriebsprüfer	336
4	Das Grundprinzip des Benford'schen Gesetzes.	340
5	Der Chi-Quadrat-Test	340
6	Folgen der Vernichtung von Unterlagen	345
7	Schätzung von Zinseinkünften.	345

8	Nachkalkulation	347
9	Geldverkehrs- und Vermögenszuwachsrechnung	347
10	Zeitreihenvergleich	347
11	Äußerer Betriebsvergleich	348
12	Schätzungsfehler	349
13	Schätzung trotz anhängigen Strafverfahrens	349
VI.	Rückstellungen in der Praxis der Betriebsprüfung	350
1	Typen von Rückstellungen	355
2	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	357
2.1	Gründe für die Bildung einer Rückstellung	357
2.2	Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen	360
2.3	Ungewissheit.	367
2.4	Betriebliche Veranlassung	370
2.5	Wahrscheinlichkeit des Bestehens der Verbindlichkeit und der Inanspruchnahme	372
2.6	Wirtschaftliche Belastung (Verursachung) in der Vergangen- heit	374
2.7	Bewertung von Rückstellungen	378
2.8	Auflösung von Rückstellungen	383
2.9	Nachholung einer nicht gebildeten Rückstellung	383
3	Sonstige Rückstellungen im Überblick	384
3.1	Erfolgsabhängige Verpflichtungen (§ 5 Abs. 2a EStG)	384
3.2	Rückstellungen wegen Verletzung fremder Schutzrechte (§ 5 Abs. 3 EStG)	385
3.3	Rückstellungen für Jubiläumswendungen (§ 5 Abs. 4 EStG).	385
3.4	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 5 Abs. 4a EStG)	386
3.5	Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Entsorgungsrückstellungen für radioaktive Reststoffe oder Anlageteile (§ 5 Abs. 4b EStG)	390
3.6	Steuerbilanzielle Bildung von Bewertungseinheiten bei Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken (§ 5 Abs. 1a EStG)	391
VII.	Gewerblicher Grundstückshandel	392
1	Dauerbrenner-Thema in der Betriebsprüfung	395
2	Probleme bei der Abgrenzung der Gewerblichkeit	395
3	Drei-Objekt-Grenze als wichtiges, aber nicht immer allein entscheidendes Kriterium	396

4	Einzelfragen der Abgrenzung zwischen privater Vermögensverwaltung und Gewerbebetrieb	405
4.1	Geringfügige Überschreitung des Fünf-Jahres-Zeitraums	405
4.2	„Objekte“ im Sinne der „Drei-Objekt-Grenze“	406
4.2.1	Unbebaute Grundstücke als „Objekte“	406
4.2.2	Nicht einzubeziehende Objekte.	408
4.2.3	Rechtliche Zweifelhaftigkeit von Einbringungsvorgängen als Anschaffungen	411
4.3	Schwer zu widerlegende bedingte Veräußerungsabsicht	412
4.4	Branchennähe als Stütze der bedingten Veräußerungsabsicht	415
4.5	Erbfälle und Erwerbe im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge	416
4.6	Gewerblicher Grundstückshändler bei Erschließungsmaßnahmen in „eigener Regie“	417
4.7	Aufteilung in Eigentumswohnungen	418
4.8	Keine Abschirmwirkung von Personengesellschaften.	419
4.9	Eingeschränkte Abschirmwirkung der GmbH	422
5	Beginn des gewerblichen Grundstückshandels; Ermittlung des Veräußerungsgewinns	426
5.1	Zeitpunkt der Fertigstellung als Beginn des gewerblichen Grundstückshandels	426
5.2	Ermittlung des Veräußerungsgewinns.	427
6	Unterbrechung und Ende eines gewerblichen Grundstückshandels	430
7	Folgen des gewerblichen Grundstückshandels.	432
8	Strategien zur Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels	435
8.1	Strikte Trennung privat gehaltener Immobilien	435
8.2	Anhebung der Drei-Objekt-Grenze.	435
8.3	Nutzung der Drei-Objekt-Grenze durch Großobjekte	436
8.4	Vermeidung von typischen Bauträgertätigkeiten.	437
8.5	Ausländische Grundstücksgesellschaften.	437
9	Gute Argumente in der Betriebsprüfung	438
VIII.	Gesellschafter-Geschäftsführer-Vergütung	438
1	Wirksamer Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer	440
2	Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	441
2.1	Rechtsprechung des BFH	441
2.2	Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der Angemessenheit	442
2.3	Art und Umfang der Tätigkeit	444

2.4	Ertragsaussichten der Gesellschaft	446
2.5	Fremdvergleich	447
2.6	Zuschläge.	448
3	Tantieme	450
3.1	Bedeutung in der Praxis	450
3.2	Wirksame Vereinbarung	451
3.3	Angemessenheit der Tantieme	453
3.4	Umsatztantieme	456
4	Pensionszusage	457
IX.	Geschenke und Bewirtungskosten	465
1	Erhöhtes Mehrergebnis durch formelle Aufzeichnungspflichten	466
2	Geschenke	466
2.1	Begriff der Aufwendungen für Geschenke	467
2.2	Unentgeltlichkeit der Zuwendung.	468
2.3	Gegenstand des Geschenks.	471
2.4	Wertgrenze	471
2.5	Empfänger von Geschenken: keine Arbeitnehmer.	472
2.6	Rechtsfolge	473
2.7	Umsatzsteuer.	473
3	Bewirtungsaufwendungen	473
3.1	Abgrenzungen zu den Aufwendungen der Lebensführung.	475
3.2	Definition des Bewirtungsbegriffs	478
3.3	Bewirtung aus geschäftlichem Anlass.	481
3.4	Nachweis der Höhe und der betrieblichen Veranlassung.	483
3.5	Verhältnis zwischen Bewirtungsaufwendungen und Geschenken	486
4	Aufzeichnungspflichten	486
4.1	Allgemeines	486
4.2	Anforderungen an die Aufzeichnungen	487
4.3	Folgen unrichtiger Verbuchung	489
X.	Liebhaberei im Brennpunkt der Betriebsprüfung.	490
1	Keine Berücksichtigung von Verlusten bei Liebhaberei.	492
2	Grundsätze der Liebhaberei	495
3	Fehlende Einkünfterzielungsabsicht.	497
3.1	Persönliche Gründe der Lebensführung	498
3.2	Von Beginn an ausschließlich persönliche Gründe (Wechsel zwischen Einkünfterzielungsabsicht und persönlichen Gründen)	501

3.3	Feststellungslast	506
4	Totalgewinn	506
5	Einzelfragen	512
5.1	Besonderheiten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	512
5.2	Anwendungsfragen bei Personenmehrheiten (Personengesell- schaften und vergleichbare Gemeinschaftsverhältnisse)	527
6	Körperschaftsteuer.	532
7	Umsatzsteuer.	532
XI.	Das Benennungsverlangen der Finanzämter gemäß § 160 AO	533
1	Kein Betriebsausgabenabzug bei unerwünschten Geschäften .	534
1.1	Bedeutung der Vorschrift für die Stpfl.	534
1.2	Benennung des Zahlungsempfängers für den Betriebsausga- benabzug	535
1.3	Verhinderung von Steuerausfällen.	536
1.4	Keine Ermittlungspflicht	537
1.5	Verhältnis zu anderen Vorschriften	537
2	Begriff der Schulden und Lasten.	538
3	Verlangen der Finanzbehörde zur Empfängerbenennung. . . .	540
3.1	Rechtsnatur des Verlangens.	540
3.2	Ermessenscharakter des Benennungsverlangens.	540
3.3	Genaue Bezeichnung des Empfängers.	545
3.4	Kein Einfluss auf Auskunftsverweigerungsrechte	550
4	Rechtsfolgen der Nichterfüllung des Benennungsverlangens .	551
5	Verfahrensfragen	553
XII.	Private Nutzung betrieblicher Kfz; Anforderungen an ein Fahrtenbuch	555
1	Vorbemerkungen.	557
1.1	Keine einheitliche Betrachtungsweise bei Ertragsteuern und Umsatzsteuer	563
1.2	Fahrtenbuchregelung	563
1.3	Schätzung des nichtunternehmerischen Nutzungsanteils	564
2	Fahrtenbuch mit Kostendeckelung	564
3	Gesetzliche Neuregelung	565
4	Praktische Auswirkungen (Fallbeispiele).	567
5	Anforderungen an ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch	568

XIII.	Der Investitionsabzugsbetrag gemäß § 7g EStG	
	nach der Unternehmenssteuerreform 2008	576
1	Gründe für die Neufassung des § 7g EStG	579
1.1	Überblick: Neues versus altes Recht.	584
1.2	Neues Recht	584
1.3	Altes Recht	584
2	Grundelemente der neuen Fördersystematik.	585
2.1	Außerbilanzieller Abzugsbetrag	585
2.2	Förderfähige Betriebe	586
3	Konkretisierung der Investitionen.	593
4	Verbleibensvoraussetzungen	596
5	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	597
6	Berechnung des Höchstbetrags.	601
7	Besonderheiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	602
8	Entstehen von Verlusten	604
9	Auflösung des Investitionsabzugsbetrags	605
9.1	Allgemeines	605
9.2	Übereinstimmung zwischen den tatsächlichen und prognostizierten Anschaffungskosten	606
9.3	Höhere tatsächliche als prognostizierte Anschaffungskosten	606
9.4	Niedrigere tatsächliche als prognostizierte Anschaffungskosten	607
9.5	Folgen einer Nichtinvestition	607
9.6	Konsequenzen bei Verstoß gegen die Verbleibens- und/oder Nutzungsvoraussetzungen	610
10	Verfahrensfragen.	612
XIV.	Spezifische Prüfungsschwerpunkte im Baugewerbe	613
1	Branchenspezifische Besonderheiten im Baugewerbe und deren Ursachen	613
2	Nachversteuerung von verkürzten Beträgen	615
3	Streichung des Betriebsausgabenabzugs wegen fehlender oder unzureichender Empfängerbenennung	616
4	Probleme bei der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs	620
XV.	Steuerchaos Gaststättengewerbe	625
1	Wirtschaftliches Umfeld der Branche.	625
2	Ordnungsmäßigkeit der Buchführung.	627
2.1	Allgemeines	627
2.2	Folgen der Schätzung	632

3	Umkippen eines Besteuerungsverfahrens in ein Strafverfahren	632
4	Strafrechtliche Risiken für Großhändler	633
5	Spezifische Risiken für involvierte Berater	633

Teil 3:

Steuerstrafsachen	635
------------------------------------	------------

I. Steuerfahndung und Strafverfahren: Allgemeiner Teil	635
---	------------

1	Tatbestand der Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	636
1.1	Tathandlung	636
1.2	Taterfolg	636
1.3	Kausalität zwischen Handlung und Erfolg und objektive Zurechenbarkeit des Erfolgs	637
2	Vorsatz	638
3	Strafverfolgungsverjährung	640
3.1	Bedeutung und Berechnung	640
3.2	Unterbrechung der Strafverfolgungsverjährung	643
3.3	Allgemeiner Veranlagungsabschluss (Tatvollendung in Nichtabgabe-Fällen)	645
3.4	Verlängerung der Strafverfolgungsverjährungsfristen (§ 376 AO) durch das Jahressteuergesetz 2009	646
3.5	Gewerbsmäßige oder bandenmäßige Steuerhinterziehung großen Ausmaßes	648
4	Ablauf eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung (Fahndungsfall)	651

II. Aufgaben und Befugnisse der Steuerfahndung	652
---	------------

1	Befugnisse der Steuerfahndung im Strafverfahren	652
1.1	Voraussetzungen von Durchsuchung und Beschlagnahme	653
1.1.1	Durchsuchung beim Verdächtigen	653
1.1.2	Durchsuchung bei anderen Personen (Dritten)	653
1.1.3	Verhältnismäßigkeit	654
1.1.4	Bestimmtheit von Durchsuchungsbeschlüssen	655
1.1.5	Durchsuchung wegen Gefahr im Verzug	656
1.2	Durchführung der Durchsuchung	656
1.2.1	Durchsuchungszeugen	656
1.2.2	Zeitpunkt der Durchsuchung	657
1.2.3	Mitteilung des Durchsuchungszwecks	657
1.2.4	Anwesenheitsrecht	657

2	Befugnisse der Steuerfahndung im Besteuerungsverfahren . . .	658
3	Sonderfall: Einheitssachgebiete	660
III.	Typische Aufgriffsanlässe für die Steuerfahndung	660
1	Die wichtigsten Ausgangspunkte für Ermittlungen im Überblick	661
2	Weitere Fallgruppen aus der Praxis	662
IV.	Selbstanzeige: Neuregelungen und Hinweise auf die alte Rechtslage nebst Übergangsfragen	663
1	Fragestellungen im Vorfeld der Selbstanzeige	667
2	Form, Inhalt und Vollständigkeit der Selbstanzeige.	672
3	Nachzahlung der Steuern.	679
3.1	Allgemeine Grundsätze.	679
3.2	Nachzahlung bei Gesellschaftern	680
3.3	Absehen von Strafverfolgung nach § 398a AO bei korrespon- dierender Erhebung eines Verwaltungskostenzuschlags	681
4	Ausschlussgründe für die Selbstanzeige	682
4.1	Bekanntgabe der Prüfungsanordnung bzw. Erscheinen eines Außenprüfers der Finanzbehörde	683
4.1.1	Neue Rechtslage nach dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	683
4.1.2	Alte und neue Rechtslage vor dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	684
4.2	Bekanntgabe der Einleitung des Steuerstraf- oder Bußgeldverfahrens an den Täter oder seinen Vertreter	689
4.3	Tatentdeckung	689
5	Möglichkeiten zur Berichtigung trotz Tatentdeckung oder Prüfer-Erscheinens	692
5.1	Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung.	693
5.2	Selbstanzeige einer dritten Person.	697
6	Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit.	699
V.	Steuerhinterziehung: Steuerliche Beurteilung bzw. Gestaltung	700
1	Offenbarungspflichten im Besteuerungsverfahren.	702
2	Die Rechtsprechung des BGH in Strafsachen	703
3	Vollständige Darlegung als Anforderung der steuerlichen Rechtsprechung	704
4	Steuerungsumgehung oder Steuerhinterziehung	706

5	Praxisrelevante Einzelfälle	707
5.1	Rückkauf- oder Verkaufsgarantien	707
5.2	Zweifelsfragen bei der Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Spekulationsgewinnen	711
5.3	Rückwirkende Erfassung von stillen Reserven bei wesentli- chen Beteiligungen gemäß § 17 EStG	716
VI.	Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenverfahren:	
	Beendigungsmöglichkeiten	720
1	Erhebliche Spannbreite bei den Entscheidungen im Strafver- fahren	721
2	Einstellung eines Strafverfahrens bzw. eines Ordnungswidrig- keitenverfahrens	723
2.1	Voraussetzungen	723
2.2	Ursachen der Einstellung von Steuerstrafverfahren	724
	2.2.1 Ursachen im Bereich der Steuerfahndung.	724
	2.2.2 Ursachen im Bereich der Bußgeld- und Strafsachen- stellen	727
	2.2.3 Ursachen im Bereich der Staatsanwaltschaft	728
	2.2.4 Ursachen im Bereich der Strafgerichte.	728
	2.2.5 Typische Behördenabläufe als gemeinsame Ursachen . .	728
3	Absehen von der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	730
4	Einstellung wegen Geringfügigkeit	731
5	Einstellung gemäß § 154 StPO oder § 154a StPO.	731
6	Absehen von der Verfolgung wegen geringer Schuld	732
7	Bußgeldbescheide gemäß §§ 130, 30 OWiG.	733
7.1	Verletzung der Aufsichtspflicht/Organisationsverschulden in Betrieben und Unternehmen	733
7.2	Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereini- gungen	734
8	Bußgeldbescheid wegen leichtfertiger Steuerverkürzung. . . .	735
8.1	Bedeutung in der Praxis.	735
8.2	Tatbestandsvoraussetzungen	737
8.3	Kontrolle des Steuerberaters?	738
8.4	Kontrolle von Angestellten, Mitunternehmern, Ehegatten . . .	741
8.5	Unterlassene Erkundigung über die steuerliche Rechtslage . .	742
8.6	Vorliegen einer Dauerordnungswidrigkeit	743
8.7	Mitteilung an das Gewerbezentralregister	744
9	Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen	745
10	Verwarnung mit Strafvorbehalt.	749

11	Leicht rückläufige Anzahl der Strafbefehle	750
11.1	Diskrepanz zwischen Anfangsverdacht und Nachweis	750
11.2	Verfahren bei Erlass eines Strafbefehls	751
11.3	Mängel von Strafbefehlen	752
11.4	Strafzumessung	753
12	Abgabe an die Staatsanwaltschaft	756
13	Bemessung der Freiheitsstrafe	756
VII.	Umsatzsteuer-Karussell	759
1	Ziel der Umsatzsteuer-Karusselle	760
2	Funktionsweise und rechtliche Beurteilung	764
2.1	Übersicht	764
2.2	Missing Trader	766
2.2.1	Nichtanerkennung steuerfreier innergemeinschaftlicher Lieferungen	768
2.2.2	Versagung des Vorsteuerabzugs.	769
2.2.3	Spezifische Rechtsprechung zu Umsatzsteuer-Karussellen	773
2.2.4	Rechtsprechung zu Gunsten des Fiskus	773
2.2.5	Rechtsprechung zu Gunsten des Stpfl.	773
2.2.6	Vermittelnde Rechtsprechung	774
2.2.7	Grundsatzentscheidung des EuGH.	774
2.3	Buffer und Distributor	783
2.4	Verschaffung der Verfügungsmacht	784
3	Reaktionen des Gesetzgebers und der Verwaltung.	784
VIII.	Schätzung im Steuerstrafverfahren.	786
1	Grundsätze der Schätzung im Steuerstrafverfahren	787
2	Tauglichkeit der Schätzungsmethoden im Steuerstrafverfahren	788
IX.	Steuerhinterziehung bei Inanspruchnahme des Ehegattensplittings	789
1	Praktizierung des dauernden Getrenntlebens in steuerlicher Hinsicht	789
2	Ermittlungen des Finanzamts	790
3	Vorwurf der Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	791
3.1	Vorwurf gegen den Stpfl.	791
3.2	Vorwurf gegen den Steuerberater	792

X.	Steuerhinterziehung bei Beantragung der Herabsetzung von Vorauszahlungen	794
1	Ausgangssituation	794
2	Fallkonstellationen in der Praxis	796
XI.	Praxis des Kontenabrufs auf Stammdaten	800
1	Vorgeschichte des Kontenabrufs	801
2	Bisher schon bestehende Auskunftspflicht von Kreditinstituten	804
3	Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die flächendeckende Möglichkeit eines behördlichen Kontenabrufs	807
4	Rechtsschutz der Beteiligten im Kontenabrufverfahren	809
5	Kontenabruf und Selbstanzeige	811
6	Voraussetzungen für den Kontenabruf nach § 93 Abs. 8 AO	811
7	Fazit	814
XII.	Automatisierte Rentenbezugsmitteilungen nach dem Alterseinkünftegesetz	816
1	Neuregelung der Rentenbesteuerung durch das Alterseinkünftegesetz	817
2	Einführung eines automatisierten Rentenbezugsmitteilungssystems	818
2.1	Rentenbezugsmitteilung bis zum 01.03. des Folgejahres	819
2.2	Mitteilungspflichtige	821
2.3	Inhalt der Rentenbezugsmitteilung	821
2.3.1	Angaben zur Identifikation des Leistungsempfängers	821
2.3.2	Angaben zur Höhe und Bestimmung des Leistungsbezugs	822
2.3.3	Angaben zum Teil der Rente, der ausschließlich auf einer regelmäßigen Anpassung der Rente beruht	822
2.3.4	Angaben zu Beginn und Ende des Leistungsbezugs	823
2.3.5	Angaben zur Identifikation des Mitwirkungspflichtigen	823
2.4	Unterrichtung des Leistungsempfängers	823
2.5	Mitteilung der Identifikationsnummer (§ 139b AO) an den Mitteilungspflichtigen	824
2.6	Ermittlungspflicht	824
3	Fazit	825

Teil 4:

Die Steuerfahndung in der Praxis	827
I. Verhalten während einer Steuerfahndungsprüfung	827
1 Geringe Bedeutung der Durchsuchung im Gesamtverfahrens- ablauf	827
1.1 Realitäten im Steuerfahndungsverfahren	827
1.2 Rückstand der Steuerfahndung im EDV-Bereich.	829
1.3 Bedeutung von Selbstanzeige und Kooperation	830
2 Durchsuchungssituation	832
3 Zumeist geringes Verhaftungsrisiko	835
4 Verhaltensregeln bei Durchsuchungsmaßnahmen.	837
5 Verhaltensregeln für die Zeit nach der Durchsuchungsmaß- nahme	838
6 Tricks der Steuerfahndung	840
6.1 Auseinanderdividieren von Verteidiger und Mandanten. . . .	840
6.2 Versuchte Kontaktaufnahme zum Beschuldigten am Vertei- diger vorbei	841
II. Procedere im Steuerstrafverfahren	842
1 Bearbeitung von Steuerstraffällen im Innendienst.	842
2 Verhalten während des Steuerstrafverfahrens	844
3 Überlange Verfahrensdauer.	846
4 Checkliste zur Auswahl eines Verteidigers in Steuerstrafs- sachen	849
III. Steuerhinterziehung: Strafbarkeitsrisiko des Steuerberaters .	850
1 Strafrechtliche Verantwortlichkeit	850
2 Bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit	854
3 Nachträgliches Erkennen unrichtiger Angaben	855
3.1 Fallgruppe 1	856
3.2 Fallgruppe 2	856
3.3 Fallgruppe 3	857
3.4 Fallgruppe 4	857
4 Selbstanzeige des Steuerberaters	858
4.1 Selbstanzeige wegen Beihilfe oder (Mit-)Täterschaft	858
4.2 Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung.	858
5 Durchsuchung beim Steuerberater	860
6 Ermittlungsprobleme der Finanzbehörden	860
IV. Steuerfahndung: Besonderheiten bei der Bankenfahndung . .	863
1 Kreditinstitute im Visier der Steuerfahndung	864

2	Maßnahmen der Finanzverwaltung gegen die Kapitalflucht . . .	865
3	„Conto pro Diverse“ als Ausgangspunkt der Ermittlungen . . .	867
4	Spezifische Enttarnungstechniken beim Geldtransfer ins Ausland	869
5	Taktiken und Arbeitsabläufe innerhalb der Finanzverwaltung.	872
6	Ankauf von Steuer-CDs	875
7	Reaktion auf Schreiben von Steuerfahndung sowie Bußgeld- und Strafsachenstelle	878
7.1	Schreiben vom Veranlagungsfinanzamt	878
7.2	Schreiben von der Bußgeld- und Strafsachenstelle	881
7.3	Schreiben von der Steuerfahndungsstelle	882
8	Das magische Dreieck: Mandant – Steuerberater – Strafvertei- diger	883
9	Besonderheiten beim Verfahren gegen Kreditinstitute selbst . .	884
10	Qualifizierte Risiken für Bankmitarbeiter bei der Kooperation mit der Steuerfahndung	887
11	Besonderheiten bei Verfahren gegen Beamte und sonstige Mitarbeiter von Finanzbehörden	887
12	Auswirkungen der Bankenfahndung auf die Erfassung stpfl. Spekulationsgewinne	889
V.	Arrest in Steuerfahndungsfällen	892
1	Zunehmender Arrest von Vermögenswerten	892
2	Grundsätze des steuerlichen Arrests	893
2.1	Arrestanspruch: Entstehen des Steueranspruchs	893
2.2	Arrestgrund: steuerliche Unzuverlässigkeit	894
2.3	Strenge formale Vorschriften für die Arrestanordnung	895
3	Rechtsbehelfe gegen den steuerlichen Arrest.	896
3.1	Einspruch gegen die Arrestanordnung und Antrag auf Aufhe- bung (Aussetzung) der Vollziehung	896
3.2	Sofortige Klage gegen die Arrestanordnung i. V. m. dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	897
3.3	Einspruch gegen die Pfändungsverfügung und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	898
3.4	Antrag auf einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	899
3.5	Schadensersatz bei ungerechtfertigtem Arrest	899
4	Strafprozessualer Arrest als Zwischenlösung	899

VI.	Steuerstrafverfahren: Erstattung oder steuerliche Abzugsfähigkeit von Verteidigerkosten	901
1	Verteidigerkosten als erhebliche Belastung für den Stpfl.	901
2	Möglichkeit der Erstattung von Verteidigerkosten.	902
3	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Verteidigerkosten bei betrieblichem/beruflichem Zusammenhang	903
VII.	Verteidigungsaspekte bei der Aufdeckung von Vermögenswerten durch die Finanzverwaltung	906
1	Vorschnelle Ratschläge zur Selbstanzeige	906
2	Aufdeckung von Vermögenswerten eines Stpfl.	907
2.1	Probleme der Finanzverwaltung ab dem Bekanntwerden der Vermögenswerte	907
2.2	Strafrechtliche Verjährung als Hürde bei der Ermittlung von Schwarzeinkünften	908
2.3	Schätzung bei der Ermittlung von Zinseinkünften	909
3	Bloße Vermutung eines Kapitalvermögens und Ansatz von Zinsen	911
4	Feststellung von Bareinzahlungen bei Betriebs- oder Steuerfahndungsprüfungen	913
VIII.	Verteidigungsaspekte bei Steuerstrafverfahren aufgrund von Betriebsprüfungen	915
1	Vorsicht bei der Mitwirkung hinsichtlich strafbefangener Prüfungsfelder	915
2	Vorsicht bei strafrechtlichem Hinweis in der Schlussbesprechung	916
3	Bedeutung der Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung und der Selbstanzeige Dritter	918
4	Beweisprobleme in der Hauptverhandlung	919
IX.	Einvernehmliche Beendigung von Steuerstrafverfahren nach Maßgabe von § 153a StPO	920
1	Ursprünglicher Zweck: Ahndung von Kleinkriminalität	920
2	Anwendungsbereich im Steuerstrafverfahren	922
3	Nutzbarmachung des § 153a StPO für Mandanten	924
4	Ermittlung des Auflagenbetrags	925
	Stichwortverzeichnis	927